Abg. Becker sprach sich erneut für eine Fristverlängerung aus. Die Verwaltung habe zwar zusammen mit den Kommunen um eine Fristverlängerung gebeten. Der Regionalrat habe aber die ablehnende Stellungnahme seiner Behörde lediglich zur Kenntnis genommen und keinen Beschluss gefasst. Der Zeitplan sei sehr ambitioniert und für die Kommunen sei es in Zeiten der Pandemie und der damit verbundenen Personalausfälle unmöglich bis August eine Stellungnahme durch die Gremien beschließen zu lassen. Er schlage deshalb vor, dass sich die Fraktionen bis zur nächsten Kreistagsitzung über einen gemeinsamen Formulierungsvorschlag zur Fristverlängerung bis zu den Herbstferien verständigen.

Hierüber bestand Einvernehmen.